

**„Wohin geht die Reise? Die Bedeutung der Erneuerbaren Energien für die Energieversorgung der Zukunft.“**

**Vortrag 30 Jahre IFE Eriksen AG**

**Dietmar Schütz**

Oldenburg, 25.09.09



Anrede,

30 Jahre IFE Eriksen zeigen, dass in unserer Branche Pioniere der Erneuerbaren schon erste Jubiläen feiern können. Sie haben mit beachtlichen und vorzeigbaren Erfolgen auch über die Durststrecken durchgehalten und sind Vorbild für viele. Darum sage ich besonders Marius Eriksen, seiner engeren Führungsmannschaft und seinen Mitarbeiter herzlichen Glückwunsch.

Mich freut es sehr, dass gerade in unserer norddeutschen Heimat viele Unternehmer der Erneuerbaren Energien unterwegs sind, die sich von den Leistungen und Vorbilder der Pioniere Eriksen, Wobben usw. anstecken lassen.

„Wohin geht die Reise?“ der Erneuerbaren Energien. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn ich Ihnen erläutern sollte, warum wir uns auf die Reise machen müssen. Warum wir nicht weitermachen dürfen wie bisher. Sie hier sind alle unterwegs, um sich der nur noch von den härtesten Hardlinern bestrittenen Tatsache des sich immer mehr verstärkenden Klimawandels - der durch von uns verantwortetes Handeln verursacht ist - entgegenzustellen. Sie haben die Bilder der abschmelzenden Polkappen und Gletscher vor Augen. Sie hören die Nachricht der erstmalig im Sommer von der Handelsschiffahrt befahrenen Nord-West-Passage. Sie wissen um die Auswirkungen der Wasserversorgung in der Sahelzone und der Extremwetter in New Orleans und anderswo.

„Wohin geht die Reise?“ Die Antwort auf den Titel meiner Rede ist eigentlich ganz kurz: zu einer Energieversorgung mit 100 % Erneuerbaren Energien. Alles andere ist unseres Erachtens aus Gründen des Klimaschutzes, der sozialen Verträglichkeit, der wirtschaftlichen Entwicklung und aus globalen sicherheits- und entwicklungspolitischen Gründen letztlich und in absehbarer Zeit nicht zu verantworten.

Ohne den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien gibt es bald keine Versorgungssicherheit, keine auf Dauer bezahlbaren Energiepreise, keine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und kein verträgliches Klima auf der Erde.

Bevor ich einen Blick in die Zukunft werfe, ist ein kurzer Blick zurück hilfreich: Wir haben in den vergangenen zehn Jahren eine rasante Entwicklung erlebt. Der Anteil der Erneuerbaren am Stromverbrauch hat sich auf knapp 15% verdreifacht und der Anteil Erneuerbarer Wärme auf rund 8 % verdoppelt. Bei den Kraftstoffen konnte erneuerbarer Biosprit von Null auf über 7% klettern, bevor die Rahmenbedingungen zuungunsten dieser Technologie verändert wurden (und der Anteil zurückging).

Die positive Entwicklung der Erneuerbaren ist kein Zufall, sondern das Ergebnis kluger politischer Entscheidungen. Dazu nur kurz die wichtigsten Stichworte: Das EEG als der entscheidende Türöffner für die Erneuerbaren im Strombereich wurde gerade erst maßvoll und sinnvoll novelliert. Festgeschrieben wurden die zentralen Instrumente:

- Vorrang der Erneuerbaren Energien in den Netzen
- Beibehaltung der Einspeisevergütung bei weiterer, zum Teil schärferer Anwendung der Degressionsformeln, zum Beispiel bei der Solarenergie
- Kostenwälzung auf alle Stromverbraucher

Das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz leistet seit Januar einen ersten Einstieg in die Erneuerbare Wärmeversorgung. Der schlafende Riese Wärme, mit seinem Anteil von etwa der Hälfte am gesamten Energieverbrauch, wird damit ein wenig wach gekitzelt.

Und ganz frisch: das Energieleitungsausbaugesetz, das nun hoffentlich einen ersten Schritt zur Auflösung des Modernisierungstaus bei den Stromnetzen bedeutet.

„Wohin geht die Reise?“. Für den Stromsektor hat der BEE im Januar dieses Jahres seine Branchenprognose bis zum Jahr 2020 vorgestellt und auf seinem Neujahrsempfang der Bundeskanzlerin übergeben. 47 Prozent Anteil am Stromverbrauch aus Wind, Sonne, Biomasse, Wasser und Erdwärme und gleichzeitig eine sichere Stromversorgung zu jeder Zeit des Jahres traut sich unsere Branche zu. Das Ergebnis hat viele gefreut, zahlreiche verblüfft, einige verärgert und andere überfordert. Außerhalb der EE-Branche glauben bis heute viele Menschen nicht, dass es möglich ist diesen Anteil in dieser Zeit zu erreichen.

Die Agentur für Erneuerbare Energien hat zu diesem Phänomen kürzlich eine Studie veröffentlicht: alte Ausbauprognosen für Erneuerbare und ihre Vorhersagegenauigkeit. Das Ergebnis ist eindeutig: Fast alle Prognosen lagen unter dem tatsächlichen Ausbautempo der Erneuerbaren Energien. Die im Jahr 2005 im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums veröffentlichten Werte für 2030 wurden zum Teil schon zwei Jahre nach Erscheinen der Studie übertroffen. Die Prognos-Studie von 1998 schätzte zum Beispiel eine Stromerzeugung von Photovoltaik-Anlagen in Höhe von 0,44 TWh bis 2020. Schon 2008 erzeugten Photovoltaik-Anlagen in Deutschland zehnmal so viel Strom.

Getragen wird der gesteigerte Anteil der EE durch alle Technologien Wind, Sonne, Bioenergie, Wasser und Erdwärme, Einen besonders hohen absoluten Zubau installierter Leistung werden die Windenergie und die Photovoltaik verzeichnen.

Windenergie ist und bleibt die stärkste Stimme im Konzert der Erneuerbaren. Sie ist vorerst noch der Treiber der Erneuerbaren Energien. Bis 2020 werden wir die Windausbeute gegenüber heute etwa mehr als verdoppeln, indem neue Fläche ausgewiesen und die Anlagen höher und effizienter werden. Es sind dann 45 000 Megawatt onshore und 10 000 Megawatt offshore installiert. Insgesamt erzeugen diese Windkraftanlagen dann 25 Prozent des Strombedarfs. Bayern, Baden-Württemberg und Hessen beginnen gerade erst, ihre Windpotenziale zu erschließen. Hier ist auch aus Netzentlastungsgründen ein stärkerer Ausbau dringend vonnöten Ein Großteil der Installationen bei uns im Norden wird durch Repowering erfolgen. Im Jahr 2012 werden in Deutschland 9.359 Anlagen das Alter von mindestens 12 Jahren erreicht haben. Sie stehen vor allem an windstarken norddeutschen Küstenstandorten und bieten ein großes Potenzial für das Repowering. Zusammen kommen Sie auf eine Leistung von 6.104 MW.

**Halbierung der Anlagenzahl bei Verdoppelung der Leistung und Verdreifachung des Ertrags** kann jetzt die Erfolgsformel der deutschen Windenergie an Land in den nächsten Jahren werden. Die Offshore-Technologie wird ihre große Kraft dann nach 2020 erst richtig entfalten. Im Gegensatz zur Bundesregierung sehen wir in der Branche bis 2020 einen bedeutenderen Beitrag der onshore-Anlagen als der im offshore-Bereich. Wenn die von uns angestrebten

Maßnahmen greifen, vor allem die des Repowering im Norden und der Ausweisung neuer Flächen im Süden unserer Republik.

Besonders stark ist die Zunahme der installierten Leistung in der Solarbranche: Durch einen höchst ehrgeizigen Wettbewerb kommen immer günstigere Module auf den Markt. Die Preise sind im freien Fall derzeit bei minus 25 - 30 Prozent, hinzu kommen 9% Degression pro Jahr durch das EEG. Die in diesem Zusammenhang von einzelnen Unternehmen vorgeschlagenen Vergütungsanpassungen diskutieren wir zurzeit intern. Voraussichtlich schon in 4 bis 5 Jahren, vielleicht sogar früher werden wir so die Netzparität erreichen und der Strom vom Dach ist dann günstiger als der aus der Steckdose. Damit geben wir der Photovoltaik einen weiteren Wachstumsschub. Die installierte Leistung verzehnfacht sich etwa von gut 4000 Megawatt im letzten Jahr auf dann 39 000 Megawatt im Jahr 2020, wenn wir die Rahmenbedingungen – angepasst – aufrecht erhalten.

Insgesamt liefern Wind und Sonne 2020 rund ein Drittel des benötigten Stroms. Daraus ergibt sich die Frage, wie ein Energiesystem aussehen muss, wenn ein bedeutender Anteil der Energielieferung von witterungsabhängigen Energieformen bestritten wird. Ist die Versorgungssicherheit überhaupt gewährleistet? Brauchen wir zusätzliche fossile Kapazitäten oder gar kernenergetische für dunkle windstille Stunden? Kommen wir in eine Stromlücke oder kompensiert das Wachstum der Erneuerbaren Energien dies?

In Bezug auf die Versorgungssicherheit kann ich Sie alle hier beruhigen. In unserer Prognose wie auch in einer Studie vom Fraunhofer IWES, die wir vergangene Woche vorgestellt haben, haben wir nachgewiesen, dass die Versorgungssicherheit auch in den Zeiten der Jahreshöchstlast gewährleistet ist. Wir haben dafür angenommen, dass 6 Prozent der installierten Leistung der Windkraftanlagen als gesichert betrachtet werden können. Das heißt von den installierten 55 000 MW stehen rund 3300 sicher zur Verfügung. Für PV-Anlagen gehen wir von 1, 5 Prozent gesicherter Leistung aus. Selbst mit diesen Annahmen kann die voraussichtliche Jahreshöchstlast im Jahr 2020 von 76 GW durch die anderen Erneuerbaren Energien (Biomasse, Wasserkraft und Erdwärme) sowie durch Pumpspeicherwerke und den verbleibenden fossilen Rest gedeckt werden. Und das bei

Beibehaltung des Atomausstieges und ohne Neubau von konventionellen Wärmekraftwerken über die Mitte 2008 im Bau befindlichen Projekte hinaus.

Ich werde oft gefragt, warum wir uns an dieser Stelle so massiv gegen die konventionelle Energiewirtschaft stellen? Wir tun dies aus zwei gewichtigen Gründen: Zum einen sind Atomkraftwerke aus sicherheitstechnischen Gründen nicht in der Lage entsprechend dem schwankenden Angebot von Wind und Sonne hoch- und runter gefahren zu werden. Fast alle Störfälle passieren in dieser sensiblen Phase. Daher sollten Kernkraftwerke tunlichst durchgefahren werden. Große fossil befeuerte Kraftwerke wie Braunkohlekraftwerke brauchen rund einen Tag zum Hoch- und Runterfahren und sind damit auch zu unflexibel. Zudem ist diese Fahrweise unwirtschaftlich. Bei einem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien „verstopfen“ sie die Netze und gefährden so deren Vorrang bei der Einspeisung in eben diese Netze. Damit gefährden sie aber auch die Investitionen in Erneuerbare Energien. Völlig zu recht und innerhalb dieser Logik hat Eon in Großbritannien versucht die Erneuerbaren Energien auf 30 % zu beschränken, weil ansonsten die Investitionssicherheit für die konventionelle Erzeugung gefährdet sei.

Zum anderen sinkt der Bedarf an Grundlastkraftwerken, also Kraftwerken die mehr als 8000 Stunden im Jahr durchlaufen müssen, um wirtschaftlich zu sein, um fast die Hälfte. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie des Fraunhofer IWES-Instituts ebenfalls, die der BEE – wie gesagt - vorletzte Woche veröffentlicht hat. Praktisch hieße das, dass bei einer Laufzeitverlängerung alle derzeit installierten Grundlastkohlekraftwerke vom Netz genommen werden müssten. Dafür fehlt aber die gesetzliche Grundlage.

Anders formuliert: Längere Laufzeiten für Kernkraftwerke und neue Kohlekraftwerke sind nach unserer Überzeugung nur dann möglich, wenn der Vorrang der Erneuerbaren Energien bei der Einspeisung ins Netz annulliert wird. Und damit, meine Damen und Herren wäre der weitere Ausbau der EE im Stromsektor beendet. Denn wer würde noch in eine Windenergieanlage investieren, wenn er nicht sicher sein kann, den Strom auch verkaufen zu können. Deshalb stellt sich der BEE gegen diejenigen, die eine Laufzeitverlängerung für AKW fordern.

Wie sieht der Kraftwerkspark der Zukunft aus, wenn wir die Marke 47 Prozent Erneuerbaren Energien im Strommix bereits hinter uns gelassen haben?

Wir hier im Saal wissen alle, soll das Wachstum danach weitergehen, dann brauchen schon heute wir eine Strategie zur Erschließung von Energiespeichern aller Art. Das Angebot aus Wind und Sonne ist natürlichen Schwankungen unterworfen. Auf absehbare Zeit können die bestehenden Pumpspeicherwerke und die verbleibenden Kraftwerke die Schwankungen abfangen. Bei noch höheren Anteilen regenerativen Stroms sind jedoch weitere Maßnahmen notwendig. Beispielsweise sollten bei hohem Windangebot nicht auch noch alle regelbaren Regenerativkraftwerke im Dauerbetrieb fahren. Stattdessen sollte beispielsweise das Biogas zwischengespeichert und dann während der nächsten Windflaute verstromt werden. Oder man nutzt die Möglichkeiten des Lastmanagements. Das heißt große Stromverbraucher wie Kühllhäuser, Zementwerke oder Aluminiumhütten verschieben ihren Verbrauch in Zeiten mit einem hohen Windstromangebot und reduzieren Ihren Verbrauch in Schwachwindzeiten. Das gleiche funktioniert auch mit vernetzten und intelligent gesteuerten Haushaltsgeräten.

Hierfür braucht es wirksame Anreize. Ein Anreizsystem für regenerative Kombikraftwerke soll die für solche Projekte notwendigen Investitionen in Technologie ermöglichen. So entsteht das Erneuerbare-Energien-Kraftwerk der zweiten Generation. Deutschland kann an der Spitze dieser Entwicklung stehen, wenn der nächste Bundestag schnell ein solches System auf den Weg bringt.

Deutschland kann diese Entwicklung aber auch verpassen. Wer mit einer so genannten Marktprämie den Regenerativstrom nur an die Börse bringen will, ohne Technik zu entwickeln springt zu kurz. Die Koalitionsfraktionen konnten sich vor der Sommerpause nicht auf erste Schritte zu einer besseren Integration Erneuerbaren Energien einigen. Der etwas konservativere Teil befürwortete eine so genannte Marktprämie. So wie sie formuliert war, hätte sie aus unserer Sicht lediglich zu Mitnahmeeffekten und höheren Kosten für die Verbraucher geführt. Außerdem fehlten die Anreize zur Technologieentwicklung in Richtung Speicher und regenerative Kombikraftwerke. Die andere Seite wollte ein Anreizsystem für die notwendige Technologieentwicklung und Netzintegrationsmaßnahmen. Eine Folge dieser

Technologien der Speicherung und Lastverlagerung wären bessere Möglichkeiten zur Direktvermarktung. Die bessere Marktfähigkeit hätte vielleicht noch mehr herausgestellt werden müssen. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir in keiner Weise etwas gegen die direkte Vermarktung von erneuerbarem Strom haben.

Im Gegenteil:

Diese Möglichkeit bietet bereits das EEG. Aus unserer Sicht ließe sich dies aber noch attraktiver gestalten. Darum müssen wir in der nächsten Legislaturperiode ringen. Aber zusätzliche Prämien kann es nur gegen zusätzliche Leistungen geben. Die Marktteilnahme wollen wir langfristig sowieso. Sie wird sich bei weiter steigenden Strompreisen und der Degression der Vergütungen für die ersten Erneuerbare-Energie-Anlagen bald von selbst einstellen.

Für eine Übergangszeit setzen wir deshalb noch auf Anreize zur Entwicklung von handfester Speichertechnik und intelligenter Vernetzung von Erneuerbare-Energie-Anlagen.

Meine Damen und Herren,

eine große Bedeutung kommt auch den Kommunen und Regionen in Deutschland zu. Die Bundesrepublik hat sich auf europäischer Ebene zu einer Verdopplung des Beitrags der Erneuerbaren Energien bis 2020 verpflichtet. Die Flächen für die dafür notwendigen Anlagen werden aber nicht in Berlin sondern in den Kommunen ausgewiesen. In engem Dialog zwischen Bund, Ländern und Kommunen, müssen wir eine Antwort darauf finden, auf welchen Flächen Klimaschutz in Deutschland möglich ist. Derzeit hinken gerade einige südliche Bundesländer, wie bereits erwähnt, bei der Ausweisung entsprechender Areale hinterher. Das ganze Land steht aber in der Pflicht.

Der BEE hat den Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden bereits aufgenommen. ER wird dies intensivieren. Schon jetzt entwickeln wir mit einigen Musterkommunen Best-practice-Beispiele, die man im Internet bei uns findet.

Neben einem anderen Kraftwerkspark brauchen wir außerdem Netze, die die Integration der Erneuerbaren Energien unterstützen. Dazu ist neben dem Netzausbau auch die Verstärkung und Optimierung bestehender Netzstrukturen ein probates und wirtschaftliches Mittel. Zur Anpassung der Netze innerhalb von Deutschland ist auch die Anknüpfung an die deutschen und insbesondere an die skandinavischen Nachbarn energiewirtschaftlich sinnvoll. Die Verknüpfung des skandinavischen (Wasser-)Speicherpotenzials mit dem deutschen Energiesystem bringt Vorteile für beide Seiten. Die Nordländer profitieren vom Ausbau der Windenergie in Deutschland und das deutsche Energiesystem profitiert von den Jahresspeichern dort.

### **Ist das Ganze nicht viel zu teuer?**

Verschiedene aktuelle Veröffentlichungen kritisieren die angeblich hohen Kosten des EEG. Dabei übersehen sie regelmäßig, dass den Kosten schon heute erhebliche Entlastungen gegenüberstehen. Im vergangenen Jahr hat die Förderung des Erneuerbare-Energien-Stroms die deutschen Stromverbraucher nach Berechnungen der Bundesregierung rund 4,5 Milliarden Euro gekostet. Für einen Durchschnittshaushalt sind das gut drei Euro im Monat beziehungsweise 1,1 Cent pro Kilowattstunde. Abgesehen davon, dass die Verbraucher für diesen Betrag bereits 15 Prozent ihres Stroms aus sauberer Erneuerbarer Energie beziehen, gibt es enorme Entlastungseffekte.

So führt die Einspeisung des erneuerbaren Stroms an der Strombörse schon jetzt zu sinkenden Preisen. Die jeweils letzte Kilowattstunde, die zur Deckung der Nachfrage benötigt wird, wird vom teuersten Kraftwerk gedeckt (Merit Order). Sie bestimmt den Preis für den gesamten Strom. Bei einem hohen Angebot aus Erneuerbaren Energien kommen die teuren Kraftwerke erst gar nicht zum Einsatz. Dieser Merit-Order-Effekt führt nach Berechnungen des Bundesumweltministeriums dazu, dass die Kosten der Strombeschaffung an der Strombörse sinken und die Stromlieferanten pro Jahr rund 5 Milliarden Euro weniger ausgeben als es ohne das EEG der Fall wäre.

Zudem leistet das EEG einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz. So hat es 2008 mehr als 70 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Die deutsche Industrie hätte ohne diese Verringerung von

Treibhausgasen zusätzliche CO<sub>2</sub>-Zertifikate für etwa 1,6 Milliarden Euro einkaufen müssen. Hinzu kommen vermiedene externe Kosten in Höhe von 2,9 Milliarden Euro. Die wären für Umwelt- und Gesundheitsschäden angefallen, wenn die EEG-Strommenge fossil-konventionell erzeugt worden wäre. Daneben verringerten sich die Kosten für Rohstoffimporte zur Stromerzeugung um 2,7 Milliarden Euro.

Bis 2020 werden die kostendämpfenden Effekte noch stark zunehmen. Nach der dargestellten Prognose der Erneuerbare-Energien-Branche mit ihrem Anteil von 47 Prozent steigen die vermiedenen externen Kosten pro Jahr auf 6,3 Milliarden Euro und Energieimporte im Wert von 22 Milliarden Euro werden eingespart. Die Verbraucher zahlen 2020 dabei wegen kontinuierlich sinkender Vergütungssätze sogar weniger für die EEG-Förderung als heute. Es sind dann voraussichtlich nur noch 2,4 statt 4,5 Milliarden Euro pro Jahr.

**Meine Damen und Herren,**

**brauchen wir das EEG überhaupt noch, wenn es doch den Emissionshandel gibt?**

In den vergangenen Monaten haben verschiedene Wirtschaftswissenschaftler wiederholt die These aufgestellt, spezifische Instrumente zur Förderung Erneuerbarer Energien im Stromsektor wären nicht länger erforderlich. Da es einen europaweiten Emissionshandel gebe, könne das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) keinen zusätzlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Bei unserer Förderpolitik käme es lediglich zu sinkenden CO<sub>2</sub>-Preisen und zu einer Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in andere Handelsbereiche oder andere europäische Länder, aber nicht zu einer Gesamtreduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Zuletzt erhob sowohl die Monopolkommission, die den „staatlichen Dirigismus“ zugunsten Erneuerbarer Energien“ kritisierte, als auch der „Kronberger Kreis“ von Wirtschaftswissenschaftlern die Forderung, sich auf den Emissionshandel als dem marktwirtschaftlichsten Instrument zu konzentrieren.

Der von diesen Theoretikern vertretene, angeblich marktorientierte Ansatz widerspricht allen empirischen Befunden zum nachhaltigen Umbau unserer Energiewirtschaft.

Diese Analyse ist bisher rein virtuell – innerhalb eines gedachten Zertifikathandelssystems.

Real sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen durch das EEG massiv gesunken.

In der Realität müssen natürlich die Instrumente des Emissionshandels mit der Förderpolitik des EEG koordiniert werden. Logischerweise muss innerhalb des Systems die Gesamtmenge an Emissionsrechten in dem Umfang gedeckelt werden, wie die Emissionen durch das EEG sinken.

Diese notwendige Koordinierung beider Systeme - wie sie beispielsweise das DIW fordert - muss auf europäischer Ebene durchgesetzt werden.

Meine Damen und Herren,

das EEG hat letztlich eine ganz neue, innovative Branche in Deutschland entstehen lassen. Mittlerweile arbeiten 280.000 Menschen für die Erneuerbaren Energien, allein 2008 kamen 30.000 Jobs dazu. Zwei Drittel der gesamten Arbeitsplätze sind dem EEG zuzuschreiben. Für viele strukturschwache Regionen hat diese Entwicklung neue Perspektiven eröffnet. Kommunen haben mit dem Gewerbesteueraufkommen neue Handlungsspielräume. Das wirtschaftliche Wachstum in den letzten fünf Jahren war beachtlich. Von 2003 bis 2008 stieg der Gesamtumsatz mit Erneuerbaren Energien von rund 10 Milliarden Euro auf rund 29 Milliarden Euro an. Dies entspricht einer Steigerung von 187 Prozent. International sind die Unternehmen der Branche noch technologisch führend. Über 50 Prozent allein der Werkzeugmaschinen für die Solarproduktion kommen aus Deutschland. Eine Verengung lediglich auf den Emissionshandel würde diese wichtigen Erfolge zunichte machen.

Der eindringliche Appell an die kommende Bundesregierung lautet daher, im Stromsektor das Förderinstrumentarium für Erneuerbare Energien im engen Dialog mit Praktikern weiterzuentwickeln. Es gilt solange am EEG festzuhalten wie die einzelnen Branchen marktfähig sind. In der Windbranche wird es bald geschehen, in der Solarbranche nach Erreichen der Netzparität – mittelfristig -, die Geothermie muss ihre Wettbewerbsvorteile – die verlässliche kombinierte Wärme- und Stromproduktion - noch weiter ausbauen.

Die beschriebenen Innovationen sind nur durch kontinuierliche Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen möglich. Mit der Ausrichtung der Forschungsförderung der Bundesregierung sind wir weitestgehend einverstanden. 2008 wurden vom BMU 150 Millionen Euro für Erneuerbare Energie-Forschung zur Verfügung gestellt. Eine Steigerung gegenüber 2007 von über 50 Prozent. Und erreicht damit erstmals mehr als das Bundesforschungsministerium für Kernfusionsforschung (115 Mio. Euro) und nukleare Energieforschung (31, Mio. Euro) durchschnittlich in den letzten Jahren ausgegeben hat. Der größte Teil der Forschungsmittel geht an die Wind- und Solarenergie. Zukünftig werden Batterie- und Speichertechnologien und die Vernetzung verschiedener Erneuerbarer Energien-Anlagen im Mittelpunkt stehen müssen.

## **Wärme**

Meine Damen und Herren,

Lassen Sie mich noch zwei kurze Blicke auf die fast wichtigeren Aspekte Wärme und Mobilität werfen. Anders als im Stromsektor gab es im Wärmesektor lange Zeit kein verlässliches Anreizinstrument für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, obwohl gerade hier für den Gesamterfolg der Erneuerbaren Energien der Hauptkampfplatz ist. 51 % des gesamten Energiebedarfs liegen im Wärmesektor, 21 Prozent im Strombereich und 28 Prozent im Verkehrssektor. Das Wärmegesetz, das seit Beginn dieses Jahres in Kraft ist, ist allenfalls nur ein erster Schritt. Die kommende Legislaturperiode muss genutzt werden, um die erheblichen Potenziale regenerativer Wärme zu erschließen. Der Mix aus Fördern und Fordern, den das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz etabliert hat, muss intelligent weiter entwickelt werden. Derzeit ist nur im Neubausektor ein regenerativer Mindeststandard gefordert. Im Gebäudebestand, und das sind über 85 Prozent aller Gebäude, hat der Gesetzgeber allein auf das Marktanreizprogramm gesetzt, das zwar erheblich aufgestockt wurde, aber in dieser Höhe nicht verlässlich im Gesetz abgesichert wurde. Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf.

Im Wärmesektor haben wir es mit einem massiven Modernisierungstau zu tun. Viel zu viele Heizungen sind längst nicht mehr auf dem Stand der Technik. Mit der Einführung verbindlicher energetischer Qualitätsstandards müssen die Verbraucher endlich vor diesen

ineffizienten Heizungen geschützt werden. Öl und Gas sind der große Kostenfaktor für jeden privaten Haushalt. Je schneller diese Energieträger aus dem Heizungskeller zurückgedrängt werden, desto besser ist es für die Haushaltskasse.

Diese große Aufgabe lässt sich meines Erachtens allein über das Marktanzreizprogramm nicht lösen.

Baden-Württemberg hat in der Landesgesetzgebung bereits ordnungsrechtliche Instrumente eingeführt. Wie weit diese greifen, kann und muss ab dem Beginn des nächsten Jahres evaluiert werden. Denkbar wären auf Bundesebene verschärfte Anforderungen im Bundesimmissionschutzgesetz oder wie bei den Kfz CO<sub>2</sub>-Minderungsnormen, die zu einem verstärkten Heizungsanlagenaustausch führen.

Wird eine Heizung ausgetauscht, dann sollte ein regenerativer Mindeststandard sicherstellen, dass immer mindestens ein Teil der Wärmeproduktion aus erneuerbaren Quellen gedeckt wird. Wer sich für eine wirklich nachhaltige Heizung entscheidet und voll auf Erneuerbare setzt bzw. hohe technische Standards einsetzt, der muss für diesen Umweltnutzen belohnt werden. Dies wäre Teil eines neuen angepassten MAP-Programms. Wenn diese in jedem Jahr allerdings immer wieder Gegenstand von Haushaltsberatungen ist, dann kann auf einer solchen Basis kein industriepolitisch gewünschter Aufbau heimischer Produktionskapazitäten erfolgen. Hier brauchen wir eine Verstetigung von mindestens 10 Jahren.

Eines der entscheidenden Probleme im Wärmemarkt ist die Geltendmachung der Heizungs- und Effizienzinvestitionen zwischen Vermieter und Mieter. Bisher können 11 Prozent der Kosten energetischer Sanierungen auf die Mieter überwältzt werden. Um hier einen sozial tragbaren Mechanismus zu finden, der die Spanne zwischen alter Warmmiete (vor der Sanierung) und neuer Warmmiete (nach erfolgter Effizienz und Heizungserneuerung) für die Einsparung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und den Ausbau der Erneuerbaren Energien nutzt, ist noch ein langer Weg zu gehen. In der vergangenen Legislaturperiode wurde hierfür noch keine Lösung gefunden.

Unsere Branche arbeitet zur Zeit an einer neuen Prognose für den Wärmesektor die bis zum Jahr 2020 reicht und werden diese zusammen mit neuen Vorschlägen für andere Instrumente und vermehrte Investitionsanreize Anfang Oktober präsentieren.

## **Verkehr**

In der Verkehrspolitik ist für die Erneuerbaren Energien ein völliger Neustart erforderlich. Die verfehlte Biokraftstoffpolitik der noch amtierenden Regierung hat es geschafft, innerhalb kürzester Zeit die Perspektiven einer in den letzten Jahren mit viel Steuergeldern aufgebauten heimischen Biokraftstoffbranche zu zerstören. Der abrupte Wechsel zu einem verringerten Quotensystem hat nur den großen Mineralölkonzernen genutzt.

Während die Politik einer populistisch geführten Kampagne zur angeblich mangelnden Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen aufgesessen ist, wird die Herkunft von fossilen Kraftstoffen bisher überhaupt nicht hinterfragt. Dabei werden schon heute zunehmend auch weniger konventionelle Erdölquellen erschlossen, mit äußerst negativen Folgen für Umwelt und Klima.

Gefordert ist nun ein rechtlicher Rahmen, der die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Biokraftstoffe wieder herstellt. Eine nach CO<sub>2</sub>-Intensität gespreizte Verbrauchssteuer für den gesamten Verkehrssektor kann hier mittelfristig eine Lösung sein. Sie würde auch eine wirklich umfassende Strategie regenerativer Mobilität ermöglichen. Der höchste Steuersatz würde für fossile Kraftstoffe aus Teersanden und ähnlichen Quellen fällig. Biokraftstoffe mit den von der EU geforderten CO<sub>2</sub>-Vermeidungsfaktoren würden mit sehr niedrigen Sätzen besteuert. Eine negative Steuer für regenerativen Strom im Verkehrssektor könnte zudem helfen die Markteinführung von Elektromobilen zu beschleunigen.

Denn: Erneuerbare Energien und Elektromobilität sind natürliche Partner. Regenerativer Strom bedeutet klimafreundlichen Treibstoff für alle Elektrofahrzeuge. Umgekehrt erleichtert eine Vielzahl von Fahrzeugbatterien die Integration von immer größeren Mengen erneuerbaren Stroms ins Netz. Damit können beispielsweise temporäre Stromüberschüsse aus Wind- und Sonnenkraftwerken zusätzlich gespeichert werden.

Die von der Bundesregierung angestrebte Zahl von einer Million Elektroautos auf deutschen Straßen bis 2020 bedeutet für uns nur einen geringen Mehrverbrauch an Strom. Der kann ohne Probleme durch den Zuwachs an Erneuerbaren gedeckt werden. Allein die Steigerung der Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien im Jahr 2008 gegenüber 2007 lag mit rund 4,3 Mrd. Kilowattstunden mehr als doppelt so hoch wie der gesamte von der Bundesregierung prognostizierte Verbrauch der Elektroflotte im Jahr 2020.

Mit diesen Zahlen wird noch einmal deutlich: Wir brauchen auch im Falle einer rasanten Zunahme von Elektromobilen weder zusätzliche Kohlekraftwerke noch eine Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke. Vielmehr muss einfach der konsequente Ausbau der Erneuerbaren Energien fortgesetzt werden – auch für die Elektromobilität.

### **Fazit**

Meine Damen und Herren,  
die anstehende Systementscheidung zwischen, dezentral, sinnvoll europäisch vernetzt, eigener Industrie, mehr Wettbewerb auf der einen Seite und wachsenden Importen, Großkraftwerken, wenigen Großkonzernen auf der anderen Seite, ist keine technische Entscheidung. Sie hängt vielmehr von politischer Rahmensetzung ab und kann schon vom nächsten Bundestag getroffen werden. Festhalten an einmal gesetzten Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien im Stromsektor, Weiterentwicklung des Rahmens für Wärme aus Erneuerbaren und ein Neustart in der Erneuerbaren Mobilität sind die wesentlichen Eckpunkte einer energiepolitischen Agenda, die dauerhaft bezahlbare Energiepreise mit echtem Klimaschutz und hoher Versorgungssicherheit vereint. Die Parteien müssen sich nach der Wahl an diesen Grundsätzen messen lassen.

Die Branche der EE ist stärker geworden. Den Pionieren und ihren Kindern ist zu danken, dass am Horizont die 100 Prozent Erneuerbare Zukunft möglich erscheint. Morgen ist die EE-Branche so stark wie die Automobil- oder Chemieindustrie.

Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten!

Ich danke Ihnen!